

In der Tiefebene des Dauerlächelns

Mutter Merkel und Mutter Kraft haben es vorgemacht: Sie haben sich selbst bei der Wahl als politisches Programm verkauft. Auch David McAllister macht im niedersächsischen Vorwahlkampf vor allem eines – gute Stimmung. Grundsätzlich scheint sich die Politik mehr und mehr zu entpolitisieren. Gewählt wird, wer Charisma hat. Wenn überhaupt gewählt wird.

VON SILKE HELLWIG

Hannelore Kraft war im Mai ganz nah dran. Nah an den Menschen. Nah an potenziellen Wählern. Nah an den Fotografen, die sie alenthalben begleiteten, um andere potenzielle Wähler über die ungeheure Nähe zu informieren. Die Ministerpräsidentin war in Essen mit der Polizei auf Streife. Sie fütterte auf einem Bauernhof in der Nähe von Münster Kälber. Sie hat in einer Duisburger Arztpraxis Blutdruck gemessen. Das nannte sich „Politik im Praxistest“ und geschah nicht von ungefähr vor der Landtagswahl im Mai. Ein Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung attestierte der Kandidatin: „Hannelore Kraft zeigt einiges Geschick darin, ihren Wahlkampf gut gelaunt zu entpolitisieren.“ Das langsame Sterben der Ruhrgebietsstädte? Das kriselnde Opel-Werk in Bochum? Zehntausende fehlender Kindergartenplätze? Selbst wenn Hannelore Kraft, deren Minderheitsregierung am Haushalt zerschellte, oder die SPD Antworten auf diese Fragen hatten: Sie behielten sie für sich. Getreu der Wahlkampf-Slogans „NRW im Herzen“ und „Currywurst ist SPD“.

Auch im Norden versteht man sich darauf, es wie verrückt menscheln zu lassen. Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister stellt seine Bürgernähe gerne zur Schau und posiert als Polit-Model für die Fotografen. So vermerkt die Süddeutsche Zeitung: „Der CDU-Politiker muss bei der Landtagswahl im Januar um sein Amt fürchten, seinen Kritikern gilt er als eitel und überheblich. Also steigt er in eine Achterbahn und lässt sich mit verknäuschter Miene fotografieren. Das ist das Gegenteil von eitel, das ist volksnah. McAllister, das wissen wir jetzt, sieht aus wie jeder andere, der mit hoher Geschwindigkeit durch die Luft geschossen wird.“ Auf seiner Sommertour, die vor wenigen Tagen endete, fuhr McAllister Rad mit

„Die demokratische Urteilsfähigkeit hat rapide nachgelassen.“

Peter Grottian, Politologe

Atomkraftgegnern, fütterte Rehe und schmetterte mit einem Shanty-Chor das „Niedersachsen-Lied“.

Die Süddeutsche nannte ihn „einen Markus Lanz der Landbereisung“. Der Berierung und der Berieselung – mit launigen Bemerkungen, freundlichen Komplimenten und frommen Worten. Ob das reicht, um die Wahl zu gewinnen, ist nicht abzusehen. Aber da mögen die Opposition und Intellektuelle die Nasen rümpfen bis sie weh tun: Indem McAllister jeden Unfug mitmacht, manchmal bis an die Fremdschäm-Grenze, tut er, was ihm am ehesten gutes Abschneiden sichert. „Die Personalisierung von Politik und die populistische Wähleransprache für die Parteien werden immer wichtiger und immer wahlentscheidender“, schreibt Christoph Seils in seinem Buch „Parteiendämmerung“. Und weiter: „Der richtige populistische Ton, die passende volksnahe Kampagne, der beliebte Kandidat entscheiden über politische Karrieren, über Sieg und Niederlage.“

Demonstrativ Kinder knuddeln oder Hunde tätscheln, publikumswirksam am Marathon teilnehmen oder Senioren im Altenheim bespaßen – die Politik entpolitisiert sich. Politiker entführen Wähler in die Tiefebene des Dauerlächelns und der aufgesetzten Kumpelhaftigkeit: „Hol mir mal 'ne Flasche Bier“ machte Altkanzler Gerhard Schröder bekannter als die Öko-Steuer. Klaus Boehnke, Professor an der Jacobs University, hält das indes nicht für einen neuen Trend zur Entpolitisierung, sondern für systemgegeben: Amtsinhaber würden im Wahlkampf stets vor allem mit Charisma und Sympathie um Stimmen buhlen. „Das war schon bei Adenauer so“ – der 1957 mit dem tief sinnigen Slogan „keine Experimente“ nicht nur im Amt als CDU-Kanzler bestätigt, sondern von mehr als der Hälfte der Wähler dazu legitimiert wurde. Die Herausforderer, die an die Macht wollten, so Boehnke, konzentrierten sich im

Wahlkampf dagegen wie eh und je auf Inhalte – auf die Unzulänglichkeiten der Regierenden. Obendrein mache es die „Sozialdemokratisierung“, das Verwischen inhaltlicher Grenzen für die Parteien schwerer, eigene Akzente zu setzen. Boehnke diagnostiziert keine Entpolitisierung, sondern eine Entideologisierung.

Doch auch jenseits von Wahlkämpfen macht sich Populismus breit. In leicht abgewandelter Form werden immer die gleichen Phrasen gedroschen. Je komplizierter die Welt und je größer ihre Probleme, desto gemeiner die Gemeinplätze: Der Euro wird gerettet. Der Sparkurs wird eingehalten. Die Zukunft wird gesichert. Den Wählern reichen derartige Worthülsen letztlich nicht. Davon ist jedenfalls die österreichische Politologin Barbara Serloth überzeugt, die ein Buch über die „Entpolitisierung der Politik“ geschrieben hat. Für sie steht fest: „Die Menschen brauchen politische Antworten, und die Parteien müssen die Probleme benennen.“ Die Wähler bleiben mit ihren Fragen aber meist allein und lieben sich das gefallen. „Von der sozialen Hängematte wird gerne geredet, aber was ist mit der politischen Hängematte, in die sich Bürger fallen lassen?“, fragt Serloth.

Ja, die Bürger machen es sich bequem im Hotel Mama Merkel. Muttern verspricht, dass der Euro gerettet wird und wieder alles ins Lot kommt – wenn man den Umfragen Glauben schenken kann, reicht diese schlichte Botschaft vielen Bürgern, um die Kanzlerin wiederzuwählen. Die Bundesrepublik, der ganze Kontinent, das System der sozialen Marktwirtschaft stehen vor der wohl größten politischen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, und nur eine Minderheit kann tatsächlich beurteilen, was da eigentlich vor sich geht. Wer schuld ist und warum. Was es mit EFSM, EFSF, ESM und Fiskalpakt auf sich hat. Es macht auch Mühe, halbwegs mitzukommen. Aber wer nicht mitkommt, kann sich kein Urteil bilden, kann nicht mitentscheiden, kann nur hoffen, dass ihn sein Gefühl nicht trügt.

„Die demokratische Urteilsfähigkeit hat rapide nachgelassen“, sagt Peter Grottian, laut Spiegel „altlinker Aktivist“ und Professor für Politikwissenschaft in Berlin. „90 Prozent der Bürger kommen nicht mehr mit. Sie entscheiden nur nach Bauchgefühl. Das ist die neue Qualität der Entpolitisierung.“ Diesen Ozean des Nichtwissens mache sich die Politik zunutze. Natürlich sei es schwierig, die Banken- oder die Eurokrise für jedermann verständlich zu erklären. Und wie müheelos sei es dagegen, die Wähler „ruhig zu halten“ und ihnen zu vermitteln, sie seien in guten Händen. „Das ist eine Herrschaftstechnik und für Merkel ja auch eine gute Strategie. Ich sehe die Wahlplakate schon vor mir: In schwierigen Zeiten in guten Händen.“ Was in der Welt, in Europa, in Berlin geschehe – „der Bürger sitzt auf dem Sofa und guckt gebannt zu“. Das Unbehagen, Frust und Zorn über den Zustand der Demokratie sei groß, mit diesen Gefühlen blieben viele ratlos zurück. „Wo man nicht durchblickt, wo man nur Nebel sieht und nicht urteilsfähig, also nicht mündig ist, kann man auch kaum aufspringen und sich engagieren“, sagt Grottian. Wofür denn auch oder wogegen?

Aber selbst wenn sie sich „auf die Socken machen“, wie es Grottian formuliert, wenn sie sich bei dem „globalisierungskritischen Netzwerk“ Attac engagieren, gegen Stuttgart 21 auf die Straße gehen oder dem SV Werder tote Puten entgegenstrecken – mit Politisierung hat das nach Auffassung von Barbara Serloth nichts zu tun. „Dabei geht es oft um Egoismen, nur um das eigene und nicht um das Gemeinwohl.“ Nicht alles, was bürgernah sei, sei politisch korrekt und gut für die Gesellschaft, stellt die Politikwissenschaftlerin fest. Wer auf die Straße geht, weil er keinen Funkmast, kein Windrad, keine Hochspannungsleitung und keine Fluglandebahn in seiner Nähe haben will, kann oft gut akzeptieren, wenn die Masten 100 Kilometer weiter weg errichtet werden.

Und wenn schon, sagt Jan Eichhorn. Das sei immerhin ein Anfang. Eichhorn ist Absolvent der Jacobs University, an der er einen „Think Tank für politische Partizipation“ mitgegründet hat. Von Entpolitisierung könne, gerade bei jungen Leuten, keine Rede sein. „Es gibt einfach nur an-

dere Formen von Politik, die jungen Leuten eher entgegenkommen“. Ob in Online-Foren oder in Initiativen – Eichhorn hält derlei außerparlamentarische Aktivitäten für „ein neues Potenzial. Damit kann man auch die parlamentarische Demokratie stärken.“ Aber nur, wenn die Parteien ihre verkrusteten Strukturen aufgaben und sich den neuen Formen öffneten. Wer schnell etwas verändern oder sich einbringen wolle, sei in einer Partei falsch. Und wer von jungen Menschen verlange, mobil und flexibel zu sein, mache Engagement in einem Partei-Ortsverein so gut wie unmöglich.

Na schön, aber können die jungen Menschen nicht wenigstens zur Wahl gehen? Können sie, sagt der Absolvent. „Ich glaube, dass man junge Leute über das Engagement in einer Bürgerinitiative an die parlamentarische Demokratie heranführen kann.“ Der emeritierte Politikprofessor Peter Grottian ist da skeptisch. Bei vielen seiner Studenten erschöpfe sich das politische Engagement darin, an einer Aktion „wie an einem Event“ teilzunehmen. An Kontinuität fehle es oft, dabei sei Politik oft auch das „Bohren dicker Bretter“. „Sie bleiben nicht dran“, verlören die Lust, klinkten sich aus. Und das ist es, was Attac von der APO der späten 60er-Jahre fundamental unterscheidet. Der lange Atem. Vielleicht auch die Ideologie.

Dabei, sagt der Politologe, gebe es erstaunliche Erfolge, die vor allem auf das politische Engagement der Bevölkerung zurückzuführen seien: „Deutschland ist das einzige Land in Mitteleuropa, in dem es keine wirklich funktionierende rechtsextreme Partei gibt. Das ist doch eine große Leistung.“ Die Österreicherin Serloth bleibt auch optimistisch. Sie sieht Anzeichen „einer Repolitisierung“, einer neuen Hinwendung zur Politik. Grundsätzlich scheuten sich Politiker zwar nach wie vor, politische Fragen vor einer breiten Öffentlichkeit

„Die Menschen brauchen politische Antworten.“

Barbara Serloth, Politologin

zu diskutieren – „sie ziehen damit ja ihre eigenen Kritiker heran“. Aber die Euro-Krise werfe derart existenzielle Fragen auf, dass die Bürger nicht aufhörten, sich Sorgen zu machen und nachzufragen. Obendrein zwängen die Überlegungen zu einer europäischen Union die Nationalstaaten dazu, sich intensiv und ernsthaft mit Zukunftskonzepten zu befassen. Und: ihre Bürger einzubinden. Von heute auf morgen dürfe man sich nicht zu viel erhoffen. „Das ist ein langfristiger Erziehungsprozess.“

Die Bürger erziehen, sie zur politischen Teilhabe motivieren, sie in die Pflicht nehmen, bei Wahlen die Stimme abzugeben – falls es dazu in Bremen Anstrengungen gibt, entfallen sie sich im Verborgenen: „Land des Lächelns“ nannte sich vor einigen Jahren eine Dokumentation von Radio Bremen zur Bürgerschaftswahl. Gelächelt wird immer noch, obgleich man meinen sollte, dass es im Land Bremen an wenig mangelt, vor allem nicht an massiven Problemen. Doch quälende Zukunftsfragen werden mit quälendem Schweigen beantwortet. „Die Bremische Politszene“, sagt Klaus Boehnke, „ist nicht gesegnet mit Zukunftskonzepten – in keiner Partei“. Das Gros der Bürger quitiere das mit Achselzucken. „In Bremen wird ja auch nicht viel falsch gemacht, weil insgesamt wenig gemacht wird.“ Und wenn die Wähler zufrieden sind, wer wollte sie da aufschrecken mit Hiobsbotschaften über die prekäre finanzielle Lage und den Notstand an Bremens Schulen? Im „Bild“-Sommerinterview kommt Bürgermeister Böhrnsen ein Jahr nach der Wahl zu dem Schluss: „Wir haben eine Menge vorangebracht.“ Er räumt auch noch ein, dass „in der Bildungspolitik noch Luft nach oben ist“. Und erzählt von seiner Ehefrau („Wir sind sehr glücklich miteinander und genießen jeden Tag“) und seinen drei Katzen. Hört, hört. Das tut zwar nichts zur Sache, will aber auch keiner wissen.



Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister macht sich gerne beliebt – ob bei der Weiberfastnacht in der Staatskanzlei oder bei seinen Sommertouren. Besonders natürlich vor der Wahl.
FOTO: DPA